Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 88 (2013)

Heft: 1

Artikel: Nationalrat lehnt GSoA-Vorstoss mit 121 zu 56 Stimmen ab

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-714663

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 26.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nationalrat lehnt GSoA-Vorstoss mit 121 zu 56 Stimmen ab

Am 12. Dezember 2012 hat der Nationalrat die GSoA-Initiative auf Aufhebung der Wehrpflicht mit satter Zweidrittelsmehrheit verworfen: Mit 121 zu 56 Stimmen empfiehlt die Volkskammer das GSoA-Begehren zur Ablehnung. Für die eindeutige Empfehlung sorgten geschlossen die SVP und die BDP und mit je einer abweichenden Stimme die CVP/EVP, die FDP und die Grünliberalen. Geschlossen stimmte die SP für den GSoA-Vorstoss, verstärkt mit einer abweichenden Stimme von den Grünen.

Nehmen wir die Stimmen der beiden Anti-Wehrpflicht-Fraktionen unter die Lupe:

- Bei der SP gab es keine abweichende Stimme. Heim/SO und Voruz/VD enthielten sich der Stimme. Gross/ZH war entschuldigt, Galladé/ZH erscheint in der Rubrik «nicht teilgenommen».
- Bei den Grünen stimmt der Berner von Graffenried mit den Bürgerlichen. Schelbert/LU enthielt sich der Stimme. Thoren/VD war entschuldigt. Die Ratspräsidentin Graf stimmte nicht.

SVP und BDP geschlossen

Bei den Fraktionen pro Wehrpflicht sah es so aus:

- Bei der SVP gab es keine Abweichler. Entschuldigt waren Geissbühler/BE und Rickli/ZH. Gleich vier Nationalräte erscheinen unter «nicht teilgenommen»: Bortoluzzi/ZH, Frehner/BS, Spuhler/TG und Wandfluh/BE.
- Bei der BDP stimmten alle acht Anwesenden pro Wehrpflicht. Grunder/BE fehlte.

Je eine abweichende Stimme

- In der CVP/EVP-Fraktion stimmte Neirynk/VD mit der Linken. Als «nicht teilgenommen» wurden gemeldet: Barthassat/GE, Darbellay/VS und Meier-Schatz/SG.
- Bei der FDP stimmte der Waadtländer Kommunikationsberater Fathi Derder mit der Linken. Eine Enttäuschung brachte die Stimmenthaltung des Ausserrhoders Caroni, gewählt in einem militärfreundlichen Stand. Bourgeois/FR war entschuldigt, Hutter/ZH nahm nicht teil.
- Bei den Grünliberalen stimmte die Bernerin Kathrin Bertschy mit der Linken.

Grossen/BE und Chevalley/VD enthielten sich der Stimme. Der Zürcher Nationalrat und Schweizer Parteipräsident Bäumle nahm an der Sitzung nicht teil. Die grossmehrheitliche Stimmabgabe der Grünliberalen pro Wehrpflicht wurde im bürgerlichen Lager positiv aufgenommen.

Zahlreiche Bürgerliche

Wenden wir uns der mehr als fünfstündigen Mammutdebatte vom 11./12. Dezember 2012 zu. Argumentativ brachte sie wenig Neues. Die rund 60 Rednerinnen und Redner lieferten sich einen Grabenkrieg entlang alter Fronten.

Erfreulich war, dass sich im bürgerlichen Lager neben gestandenen Ratsmitgliedern etliche neue Nationalrätinnen und Nationalräte für die Armee einsetzten:

- In der SVP redeten pro Wehrpflicht: Perrin/NE, von Siebenthal/BE, Amaudruz/GE, Estermann/LU, Büchel/SG, Fehr/ZH, Hurter/SH, Bortoluzzi/ZH (war am ersten Tag anwesend), Pieren/BE, Grin/VD, Bugnon/VD, Freysinger/VS, Pantani/TI.
- Bei der BDP verteidigten die Wehrpflicht: die Zürcherin Quadranti und die Berner Haller und Hess.
- Aus der CVP/EVP-Fraktion kamen zahlreiche Voten pro Wehrpflicht: von Schäfli/SO, Büchler/SG, Vogler/OW, Buttet/VS, Regazzi/TI, Gmür/SZ, Romano/TI, Glanzmann/LU, de Buman/FR und Lohr/TG.
- Nicht minder aktiv wirkte die FDP im Kampf pro Wehrpflicht mit: mit Voten von Hiltpold/GE, Eichenberger/AG, Müller/SG, Gössi/SZ, Cassis/TI, Hutter/ZH (war am 11. Dezember anwesend), Fluri/SO, Vitali/LU, Stolz/BS.

Ein bemerkenswertes Votum gab der Zürcher Nationalrat und Oberstleutnant Hans Fehr ab. Er gehört zu den Politikern, die erkannt haben, wo für die Armee in der kommenden Volksabstimmung die grösste Gefahr lauert:

- Die gefährlichste Bedrohung kommt nicht von der GSoA oder der politischen Linken. Das Schweizervolk hat die GSoA längst durchschaut; der Zuger Souverän wählte den Vordenker Josef Lang ab.
- Die überwältigende Mehrheit der Schweizer will Sicherheit und eine zuverlässige Armee. Der GSoA kriecht das Volk nicht auf den Leim. Das wissen wir seit der letzten Abschaffungsabstimmung, bei der vier von fünf Stimmen pro Armee lauteten.
- Die grösste Gefahr kommt von der unsäglichen Freiwilligen-Miliz des Fribourger Professors Eichenberger. Dieser Missgeburt, diesem Widerspruch in sich selbst, müssen wir mit aller Kraft entgegentreten.

Das Unwort des Jahres

Nationalrat Fehr nahm Eichenbergers Konstrukt kraftvoll auseinander und rief aus: «Machen wir die Freiwilligen-Miliz zum Unwort des Jahres 2012 und gleich auch noch des Jahres 2013!»

Gesamthaft verlief das Traktandum für die Pro-Armee-Kräfte positiv. Das Geschäft geht nun in den Ständerat, und vor das Volk und die Stände gelangt die GSoA-Initiative voraussichtlich im Herbst 2013.

Und ein Letztes: Die 121 Stimmen für die Armee geben Anlass zur Hoffnung, dass sich das Parlament in weiteren bedeutsamen Armee-«Gefechten» für die Landesverteidigung stark macht.